

Hamburgisches Oberverwaltungsgericht

Die Geschäftsstelle des 3. Senats

Hamburgisches Oberverwaltungsgericht,
Lübeckerlordamm 4, 20089 Hamburg

Rechtsanwälte
Füßer & Kollegen
TRIAS
Martin-Luther-Ring 12
04109 Leipzig

Ihr Zeichen: 00050-19/KF/aw/nh/92566

Aktenzeichen
3 Bs 113/19

Zimmer

Durchwahl

Datum
13.06.2019

Verwaltungsrechtssache
Krijan ./ Freie und Hansestadt Hamburg

beigeladen: MOIA Operations GmbH

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß richterlicher Verfügung vom 13.06.2019 wird anliegender Schriftsatz vom 11.06.2019
übersandt.

Telefon 040 42828 - 0 * Telefax 040 42843 - 7219 (Gemeinsame Annahmestelle im Haus der Gerichte)
Telefax 040 427 987 101 (nur für Sendungen an das Oberverwaltungsgericht)

Internet: www.Oberverwaltungsgericht.Hamburg.de

Sprechzeiten:
Montag bis Freitag 9 -12 u. 13 -14 Uhr
oder nach Vereinbarung

Verkehrsverbindungen:
Buslinien: 35, 36
U-Bahn Lohmühlenstraße
S- u. U-Bahn Berliner Tor

Parkmöglichkeiten:
Ⓟ Tiefgarage Zufahrt Berliner Tor
(neben dem Studentenwohnhaus Nr. 3 -
je angefangene Stunde 1,50 €)



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Behörde f. Wirtschaft, Verkehr u. Innovation, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg

Hamburgisches
Oberverwaltungsgericht

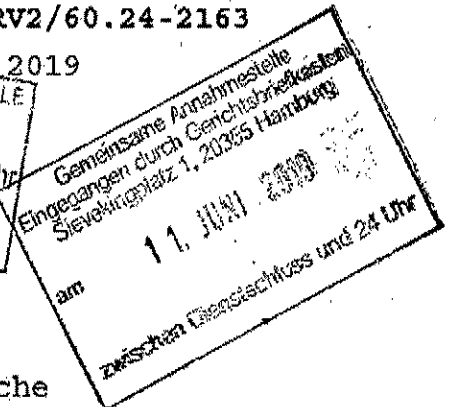
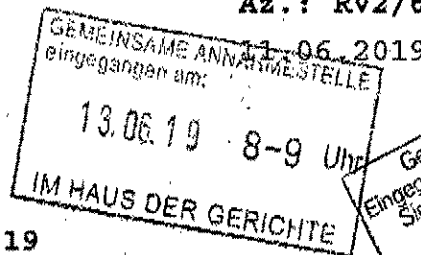
1. Senat Hamburgisches Oberverwaltungsgericht
13. JUNI 2019

Rechtsamt
Abteilung Verkehrsrecht, Verkehrsgewerbeaufsicht
Referat Verkehrsgewerbeaufsicht - RV 2

Alter Steinweg 4,
20459 Hamburg
Telefon (040) 428 41 - 3750 Zentrale (040) 428 280
Telefax (040) 427 31 - 0786

Ansprechpartner: Dr. Thomas Glitza
Zimmer: 0036
E-Mail: Thomas.Glitza@bwvi.hamburg.de

Az.: RV2/60.24-2163



Geschäftsnummer: 3 Bs 113/19

In der Verwaltungsrechtssache

Ivica Krijan ././ FHH, Beh. f. Wirtschaft, Verkehr u. Innovation
RAe Füßer pp.

beigeladen: MOIA Operations Germany GmbH
RAe Noerr LLP

schließt sich die die Antragsgegnerin dem Wunsch der Beigeladenen (Schriftsatz vom 16.05.2019, dort S. 1 f.) nach Durchführung einer mündlichen Verhandlung an.

In den bisher vor dem VG Hamburg geführten Verfahren neigte der Antragsteller bzw. sein Bevollmächtigter dazu, kurz vor dem Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung noch Schriftsätze mit neuem Vortrag einzureichen, auf den die anderen Beteiligten nicht mehr reagieren konnten, der aber jedenfalls das VG Hamburg nicht unbeeindruckt gelassen zu haben scheint. Bei einer mündlichen Verhandlung, an deren Ende die Beratung und Entscheidung des erkennenden Senats stünde, könnte etwas Derartiges nicht passieren: Die Antragsgegnerin und die Beigeladene könnten dem Antragsteller sofort die gehörige Antwort geben.

Nur ein Beispiel dafür, wie der Antragsteller immer neuen scheinbar plausiblen, eingängigen - um nicht zu sagen: betörenden - Vortrag produziert, sei hier aus dem jüngsten Schriftsatz des Antragstellers vom 29.05.2019, dort S. 4 Mitte, herausgegriffen (in diesem Fall freilich ohne das voranstehend geschilderte Zeitmoment):

Der Antragsteller rügt, die Antragsgegnerin habe nicht "für die eigenständige wissenschaftliche und behördliche Begleitung des Experiments und die Auswertung der gewonnenen Befunde irgendwelche Vorkehrungen getroffen, etwa in Gestalt der sonst üblichen Kooperation mit geeigneten anerkannten Vertretern der Wissenschaft."

Der Antragsteller zieht daraus die Schlußfolgerung, daß die Antragsgegnerin gar nicht an einer Analyse des Experiments interessiert sei, sondern es ihr nur darum gehe, der Beigeladenen möglichst lange einen ungestörten Marktzutritt zu ermöglichen.

Und es trifft tatsächlich zu, daß die Antragsgegnerin bisher keinerlei Gutachten in Auftrag gegeben hat. Also klingt der Vorwurf des Antragstellers zunächst vollkommen schlüssig; aber in Wahrheit betreibt der Antragsteller hier nichts anderes als "Berufung auf die eigene Arglist": Die Antragsgegnerin hat längst einen entsprechenden Gutachtenauftrag vorbereitet, wird ihn aber nicht erteilen, solange die vorliegenden Eilverfahren nicht abgeschlossen sind; denn sollte die Erprobung des neuartigen Verkehrs aufgrund gerichtlicher Entscheidung nicht oder nicht in der vorgesehenen Weise stattfinden, gibt es auch nichts zu begutachten. Solange keine Rechtssicherheit darüber besteht, ob der Verkehr der Beigeladenen wie geplant durchgeführt werden kann, wartet die Antragsgegnerin ab. Auch wenn die Antragsgegnerin zuversichtlich ist, daß ihr Rechtsstandpunkt letztlich bestätigt werden wird, gilt doch für sie das Prinzip der kaufmännischen Vorsicht: Die Antragsgegnerin darf und wird nicht das Geld der Steuerzahler verschwenden für ein Gutachten "über nichts". Es ist also der Antragsteller mit seinen Prozessen, der die Antragsgegnerin daran hindert, die gutachterliche Tätigkeit beginnen zu lassen.



Dr. Glitza